

alle ausländischen Arbeitskräfte durch. Spätestens zu Beginn der 70er Jahre verband sich dann mit dem Begriff eine „Ideologie des Provisoriums“, da damals alle davon ausgingen, die Ausländerbeschäftigung sei vorübergehend. Im Sinne von „vorläufig“ war also der Ausdruck „Gastarbeiter“ berechtigt. kost



DAS WAREN NOCH ZEITEN: Nach dem Abschluss von Anwerbeabkommen mit Mittelmeerstaaten strömten Arbeitsmigranten zuhauf nach Deutschland. Auf dem Archivbild von 1964 wird der millionste „Gastarbeiter“ der Bundesrepublik, Armado Rodrigues aus Portugal, bei seiner Ankunft in Köln mit einem Moped beschenkt. Pauken und Trompeten, deutsche Märsche und „Auf in den Kampf Torero“ ertönen für den Mann aus Vale de Madeiros. Archivbild: dpa

Glaubenssätze zu „Gastarbeitern“ über Bord geworfen

Heike Knortz: Die Anwerbeinitiative ging nicht von Deutschland aus und folgte nicht den Industrieinteressen

Von unserem Redaktionsmitglied
Konrad Stammschröer

Manchmal müssen Geschichtsbücher umgeschrieben werden. Die Wirtschafts- und Sozialhistorikerin Heike Knortz könnte neue Korrekturen verursacht haben. „Ob ich das Umschreiben aber noch erlebe, weiß ich nicht“, spielt die Dozentin an der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe auf die langwierigen Veränderungsprozesse bei Glaubenssätzen an. Mit ihrem Buch „Diplomatische Tauschgeschäfte“ hat die Professorin für Wirtschaftsgeschichte mit alten Sichtweisen über die westdeutsche Einwanderungspolitik zwischen 1953 und 1973 aufgeräumt.



Heike Knortz

Die These von der westdeutschen Industrie, die billige Arbeitskräfte brauchte und deshalb

politischen Druck erzeugte, der schließlich zur Aufnahme von zwei Millionen „Gastarbeitern“ führte, ist laut Heike Knortz nicht mehr haltbar. Ihr systematisches Durchforsten von Akten des Bundesarbeits- und Bundeswirtschaftsministeriums, des Auswärtigen Amtes und des Bundeskanzleramtes brachte anderes ans Tageslicht. „Die Initiative, ausländische Arbeitskräfte anzuwerben, ging nicht von der Bundesrepublik aus. Es waren ausnahmslos die Regierungen der Entsendeländer, die ihre Bitten an die Bonner Ministerien herantrugen. Federführend bei den Vertragsabschlüssen mit den Mittelmeerstaaten war dann nicht das Wirtschafts- oder Arbeitsministerium, sondern das Auswärtige Amt“, behauptet die Historikerin. So hätten Diplomaten und mit ihnen außenpolitische oder außenwirtschaftliche Bedürfnisse die dominante Rolle bei der Einwanderungspolitik gespielt.

Beispiel Italien: Rotwein und Gemüse reichten für ausgeglichene Bilanzen im Handel mit „Exportweltmeister“ Deutschland nicht aus. Das erdrückende Handelsbilanzdefizit sorgte dafür, dass „die Italiener deutsche Währung brauchten, um westdeutsche Waren einführen zu können“, so Knortz. Deshalb wurden die

1953 laufenden Handelsgespräche auf italienischen Wunsch erweitert: Es sollten Italiener in Deutschland arbeiten dürfen. Mit deren DM-Transfers ließ sich das Bilanzdefizit in der Heimat ausgleichen. Zudem entlastete die Abwanderung den Arbeitsmarkt in Italien. Die Bundesrepublik hatte wiederum ein Interesse an einer ungehinderten Fortsetzung der Geschäfte mit dem Handelspartner.

Nach dem gleichen Muster kamen die Anwerbevereinbarungen mit Spanien, Griechenland, Türkei, Portugal, Marokko und Tunesien zustande. Die außenpolitischen Motive Deutschlands hingegen variierten vom Bemühen um die Stabilität eines Nato-Partners (Spanien), über den Willen, einen EWG-Mitgliedstaat zu integrieren (Italien), bis hin zur Entspannung des Ost-West-Konflikts (Jugoslawien).

Die deutsche Wirtschaft bedachte die Abkommen mit Applaus, deckten sich doch die außenpolitischen Interessen mit ihren Anliegen. Schließlich herrschte spätestens seit 1960 Vollbeschäftigung: Die Arbeitskraft der ange-

worbenen ausländischen Arbeiter wurde benötigt. „Aber es handelte sich um eine der Industrie aus außenpolitischen Gründen ermöglichte Rekrutierung von Arbeitskräften im Ausland und nicht umgekehrt um eine an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes ausgerichtete Außenpolitik“, betont die Buchautorin.

Wegen dieser Tauschgeschäfte – Devisen und weniger Arbeitslose gegen Beziehungspflege – muss nach Ansicht der Historikerin auch die Wirtschaftsgeschichte der frühen Bundesrepublik neu bewertet werden: „Durch die Einwanderung wurden nicht mehr zukunftsfähige und subventionierte Industrien wie der Kohle-

bergbau am Leben erhalten. Die langfristig unaufhaltsame Rationalisierung, Automatisierung und Auslagerung wurden verzögert und führten zu Strukturkrisen.“ Die aus deutscher Sicht zumeist ungelerneten und dann angelerneten ausländischen Arbeitskräfte verrichteten vielfach gerade jene Tätigkeiten, deren Potenzial für wirtschaftlichere Abläufe besonders groß war.

Italien: Trotz Wein und Gemüse Defizite in Handelsbilanz
